

Position und Debatte zu Investitionen in Rüstung

Investitionen in Rüstung und Nachhaltigkeit

Kernpunkte

1. **Entwicklung nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine:** Druck von politischen Akteuren und aus dem Markt, Investitionen in Rüstung als nachhaltig einzustufen.
2. **Stimmungsbild:** 70% der Teilnehmenden einer Umfrage unter FNG-Mitgliedern sehen Investitionen in Rüstung als nicht vereinbar mit ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit.
3. **FNG-Position:** Wendet man das Do-no-significant-harm-Prinzip auf die Rüstungsindustrie an, wird klar: die Rüstungsindustrie richtet mit ihren Gütern Schäden an – Investitionen in wirtschaftliche Tätigkeiten rund um Rüstung sind daher als nicht nachhaltig einzustufen.
4. **Die Debatte:** Die Debatte um dieses Thema hat viele Facetten, oft werden aber ähnliche Argumente wiederholt. Im letzten Teil des Papiers sammeln wir die Argumente, die häufig fallen.

Das **FNG – Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.** ist der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Das FNG ist Gründungsmitglied des europäischen Dachverbandes **Eurosif**. Mit seinen rund 200 Mitgliedern, darunter Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Ratingagenturen sowie Finanzberater:innen, bildet das FNG die Stimme der Sustainable-Finance-Branche.

1. Einleitung

Während vor einigen Jahren die Frage, ob Investitionen in Rüstung als nachhaltig angesehen werden sollten noch keine Rolle spielte, hat sich dies mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verändert. Allein im politischen Diskurs gibt es eine Vielzahl von Stimmen, die sich dafür einsetzen, Investitionen in Waffen als nachhaltig anzuerkennen.

Im Folgenden drei Beispiele:

- [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#) (Dezember 2024): Die Bundesregierung schreibt, „Aufgrund unterschiedlicher Selbstverpflichtungen von Finanzinstituten bzw. Finanzproduktemittenten bestehen [bei der Finanzierung der Rüstungsindustrie] noch Herausforderungen. Die Anforderungen der Zeitenwende einerseits und die Signalwirkung von Environmental, Social and Corporate Governance (ESG)-Kriterien auf den Zugang der SVI [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie] zum Finanzmarkt andererseits müssen in Einklang gebracht werden.“

Laut Papier unterstreicht die Bundesregierung, „dass der Zugang zur Finanzierung durch Banken und Kapitalmärkte sichergestellt werden muss. Regulatorik zu Sustainable Finance schränkt die Finanzierung der SVI nicht ein und darf keine Auswirkung auf die Finanzierung haben. Die Verteidigungsindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zu Resilienz, Sicherheit und Frieden, selbstverständlich unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Grundsätze, Übereinkommen und Verträge. In Bezug auf nachhaltige Geldanlagen heißt dies aus Sicht der Bundesregierung zum Beispiel: Ein gemäß europäischer und deutscher Regulierung nachhaltiger Fonds kann selbstverständlich auch in Unternehmen der SVI investieren.“ Die Bundesregierung sagt zu, „zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung der SVI die Kommunikation zu den Finanzmarktakteurinnen und -akteuren“ aufzunehmen und nicht intendierte Signale zu prüfen, „die von regulatorischen Vorgaben ausgehen, insbesondere nicht zeitgemäße Ausschlusskriterien“.

- [Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich: Erreichen der Verteidigungsbereitschaft der EU durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie](#) (März 2024): Hier heißt es, „Sieht man von Waffen ab, die gemäß den von den Mitgliedstaaten unterzeichneten internationalen Übereinkommen verboten sind und daher von der EU als mit sozialer Nachhaltigkeit unvereinbar angesehen werden, sorgt die Verteidigungsindustrie angesichts ihres Beitrags zu Resilienz, Sicherheit und Frieden für mehr Nachhaltigkeit.“ Es wird also argumentiert, dass die Rüstungsindustrie als nachhaltig einzustufen sei.

- Draghi-Report, "[The future of European competitiveness](#)" (September 2024): Laut Bericht wird für Rüstungsunternehmen der Zugang zu Kapital durch die Sustainable-Finance-Regulierung erschwert, weil Investoren sie so auslegen, dass Investitionen in Rüstung nicht als nachhaltig angesehen werden. Der Bericht spricht sich dafür aus, klarzustellen, wie das EU-ESG-Rahmenwerk Rüstungsgüter betrachtet, um so die Finanzierung des Rüstungssektors zu stärken.

In der Finanzbranche wird national daran gearbeitet, das Zielmarktkonzept, das Verbände der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) gemeinsam mit dem Verband der deutschen Fondsbranche (BVI) und dem Bundesverband für strukturierte Wertpapiere (BSW) erarbeitet haben, anzupassen. Bisher gab es einen Mindestausschluss für Rüstungsgüter bei Umsätzen >10%, dieser soll jetzt aus dem Zielmarktkonzept herausgenommen werden (siehe z.B. [BVI dazu](#)). Diese Änderung würde Rüstungsinvestitionen also nicht aktiv als nachhaltig klassifizieren (wie von einigen Stimmen im Rahmen einer sozialen Taxonomie gefordert), aber da die Beschränkung aufgehoben wird, werden Investitionen in Rüstung in Finanzprodukten, die nach dem Zielmarktkonzept an Anleger mit Nachhaltigkeitspräferenzen angeboten werden können, grundsätzlich möglich sein.

Mit Blick auf diese Entwicklungen ist es das Ziel des vorliegenden Papiers, die Position des FNG zu diesen Fragen darzustellen und die Argumente, die in der Debatte häufig fallen, einzuordnen. Wir haben dazu ein Stimmungsbild unter den FNG-Mitgliedern erhoben, mit dem wir einsteigen werden. Wir erläutern dann die Position des FNG und schließen, indem wir verschiedene Perspektiven der Debatte und Argumente darstellen, die häufig genannt werden.

2. Stimmungsbild der FNG-Mitglieder

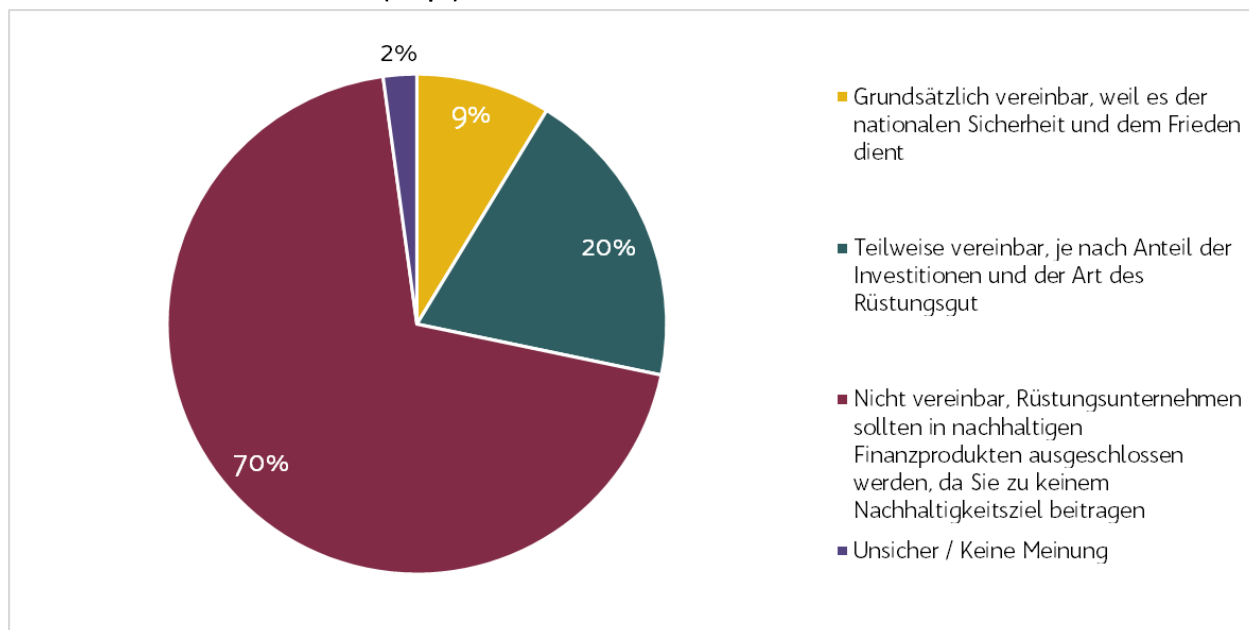
Waffen und Rüstungsgüter sind traditionell ein wertbasiertes Ausschlusskriterium innerhalb der nachhaltigen Geldanlagen. In den letzten Jahren hat die Bedeutung dieses Kriteriums wieder zugenommen, wie der [FNG-Marktbericht 2024](#) zeigt. Mit Blick auf die oben genannten Entwicklungen stellt sich die Frage, ob es hier ein Umdenken in der nachhaltigen Finanzbranche gab. Zu dieser und anderen Fragen haben wir neben Gesprächen und Diskussionen in der Woche vom 22. bis zum 27. September 2024 unter [FNG-Mitgliedern](#) ein Online-Abfrage durchgeführt, die wir im folgenden Stimmungsbild darstellen möchten.

Zunächst ist die Frage, ob Investitionen in Waffen generell mit dem Nachhaltigkeitsverständnis der FNG-Mitglieder übereinstimmen. Wir haben daher gefragt, inwieweit die FNG-Mitglieder die Finanzierung oder Investition in Rüstungsunternehmen als vereinbar mit ESG-Kriterien ansehen. Der überwiegende Teil (70%) sieht Investitionen in Rüstung als nicht vereinbar mit Nachhaltigkeit an. Eine Minderheit von 9% sieht es als vereinbar an, da die Rüstungsindustrie der nationalen Sicherheit und dem Frieden diene. 20% haben einen differenzierteren Ansatz und sehen Rüstung und Nachhaltigkeit in Teilen als vereinbar an. Damit ist das Stimmungsbild in der grünen Finanzbranche eindeutig: Rüstungsinvestitionen werden nicht als nachhaltig angesehen.

Als Begründung für die Unvereinbarkeit von Investitionen in Rüstung und Nachhaltigkeit wurde u.a. genannt:

- „Do no significant harm“
- „Kriterien [für nachhaltige Geldanlagen] müssen stabil bleiben, nur so bleibt die Glaubwürdigkeit von Nachhaltigkeit bestehen“
- „Nur weil eine Investition (welche auch immer) in einer bestimmten Zeit oder für einen bestimmten Zweck mal sinnvoll ist, ist diese noch lange nicht nachhaltig. Diese Verknüpfung ist total fehlgeleitet und verfehlt die Kerngedanken einer nachhaltigen und zukunftsfördernden Geldanlage in jeder Hinsicht!“
- „Rüstungsgüter sind (leider) notwendig, um die freiheitlich-demokratische Gesellschaft (‘wehrhafte Demokratie’) verteidigen zu können. Es sollte also auch in sie investiert werden können - allerdings nicht mit nachhaltigen Finanzprodukten, da sie zu keinem der Nachhaltigkeitsziele beitragen.“

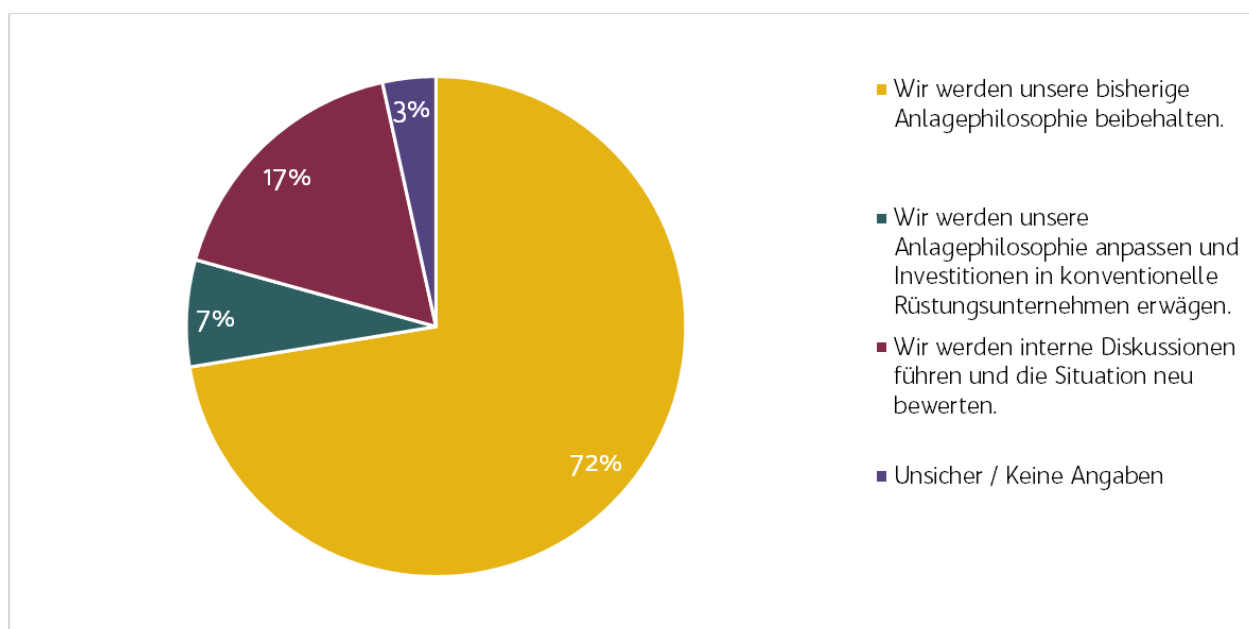
Figur 1: Inwieweit sehen Sie die Finanzierung oder Investition in Rüstungsunternehmen als vereinbar mit ESG-Kriterien? (n: 46)



Wir haben Asset Manager gefragt, ob sie derzeit in ihren nachhaltigen Finanzprodukten Investitionen in Unternehmen ausschließen, die an der Entwicklung, Herstellung oder dem Handel von sämtlichen Rüstungsgütern beteiligt sind. Dreiviertel schließen Rüstungsinvestitionen in all ihren nachhaltigen Produkten aus, ein Viertel schließt sämtliche Investitionen in Rüstung in einem Teil ihrer nachhaltigen Produkte aus (n=29).

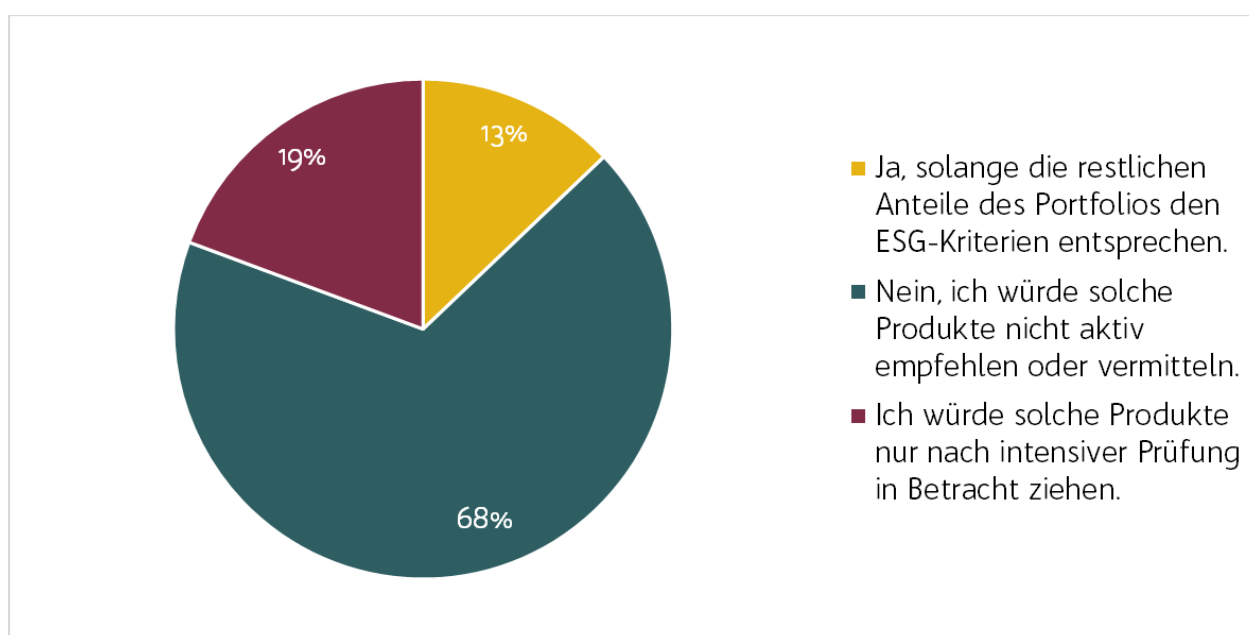
Eine für die aktuelle Debatte wichtige Frage ist, ob Asset Manager aufgrund der oben skizzierten Diskussionen ihre Anlagepolitik ändern werden. 72% der befragte Asset Manager verneinen dies; 17% werden das Thema intern aufgreifen und diskutieren und nur 7% sind sich schon jetzt sicher, dass sie ihren Ansatz ändern werden. Dies spiegelt wider, was die gut zwei Drittel, die Nachhaltigkeit und Investitionen in Rüstung als nicht vereinbar ansehen daraus für ihre Arbeit ableiten: sie bleiben bei ihrer bisherigen Anlagepolitik. Diese Gruppe könnte sogar noch wachsen, je nachdem, wie sich die 17% entscheiden, die das Thema intern diskutieren werden.

Figur 2: Werden Sie nach den aktuellen politischen Debatten (national und auf europäischer Ebene) Ihre bisherige Haltung zu Investitionen in Rüstungsunternehmen in nachhaltigen Finanzprodukten beibehalten oder ändern? (n: 29)



Aber nicht nur Asset Manager setzen sich mit dem Thema Rüstung auseinander. Wir haben Berater:innen und Investor:innen gefragt, ob sie in ihren nachhaltigen Anlagelösungen Finanzprodukte vermitteln bzw. in diese investieren, wenn diese mit einem Teil Ihres Portfolios in Rüstungsgüter investieren. 68% haben hier verneint, 19% würden solche Produkte nur nach einer intensiven Prüfung in Betracht ziehen und nur 13% würden Produkte vermitteln oder in sie investieren, wenn sie Rüstungsunternehmen im Portfolio haben.

Figur 3: Berater:innen/Investoren: Würden Sie in Ihren nachhaltigen Anlagelösungen Finanzprodukte vermitteln bzw. in diese investieren, wenn diese mit einem Teil Ihres Portfolios in sämtliche Rüstungsgüter investieren? (n: 31)



Es bleibt festzuhalten: ein großer Teil der nachhaltigen Finanzbranche sieht Investitionen in Waffen als unvereinbar mit ihrem Nachhaltigkeitsanspruch; die überwiegende Mehrheit der Asset Manager, Investor:innen und Berater:innen wird ihre Produkte / Investitionen / Beratung nicht ändern, auch wenn Investitionen in Rüstung als nachhaltig eingestuft würden.

3. Investitionen in Rüstung sind nicht nachhaltig

Wenn beurteilt werden soll, ob Waffen nachhaltig sind, sollten wir die Konzepte anwenden, die wir aus anderen Bereichen kennen. Im Umweltbereich fragen wir beispielsweise: Leistet die wirtschaftliche Tätigkeit, in die investiert wird, einen positiven Beitrag? Schadet sie in einem Bereich? Dieses Konzept wird beispielsweise in der EU-Taxonomieverordnung angewendet („Do-no-significant-Harm“).

Die Rüstungsdebatte dreht sich stark um die erste Frage: Kann die Rüstungsindustrie einen positiven Beitrag zu Sicherheit und Frieden leisten? Die zweite Frage ist aber ebenso wichtig und hier die Antwort eindeutig: die Rüstungsindustrie richtet Schaden an. Waffen zerstören Infrastruktur, Kultur – und Menschenleben.

Soziale Nachhaltigkeit beinhaltet aber die Wahrung und im besten Fall Förderung von Menschenrechten, und das Leid durch Kriege und Konflikte widerspricht diesen Prinzipien fundamental. Wenn wir als „nachhaltig“ einen Beitrag zu den SDGs ohne eine signifikante negative Beeinflussung anderer SDGs definieren, dann können Waffen bzw. Rüstung nicht nachhaltig sein.

Nicht zu vernachlässigen sind daneben Risiken durch die Weiterverwendung von Waffen (z. B. Weiterverkauf an nicht-demokratische Staaten oder Terrororganisationen) sodass auch Investitionen in nicht kontroverse Waffen langfristige Nachhaltigkeitsrisiken bergen.

Investitionen in Rüstung können daher nach unserem Verständnis nicht nachhaltig sein. Dies spiegelt sich auch in den Kriterien des FNG-Siegels wider (siehe Box).

Das FNG-Siegel: Ausschluss von Waffen



Waffen:

Hersteller kontroverser Waffen und/oder deren wesentlicher Komponenten: Es wird keine Umsatztoleranz berücksichtigt.

Hersteller konventioneller Waffen/Rüstung und/oder deren wesentlicher Komponenten: Eine 5-Prozent-Umsatztoleranz (≤ 5 Prozent) auf Emittentenebene wird berücksichtigt (Konventionelle Waffen schließen Handfeuerwaffen ein).

Quelle: [Verfahrensbedingungen FNG-Siegel](#)

Das Ziel nachhaltiger Geldanlagen ist vielmehr die Lenkung von Ressourcen in nachhaltige ökologische und soziale Investitionen. Rüstungsinvestitionen bergen das Risiko, dass noch weniger Kapital als bisher in Bildung, Gesundheitsversorgung, Armutsbekämpfung und nachhaltige Infrastruktur investiert wird.

4. Die Debatte: Perspektiven und Argumente

Die Debatte rund um die Frage, ob Investitionen in Waffen nachhaltig sein können, ist komplex. Es gibt eine Vielzahl von Perspektiven auf diese Frage, die wir im Folgenden aufgreifen möchten.

Perspektive Sicherheit

Krieg und damit Waffen sind ein unumgänglicher Bestandteil unserer Realität. Wir möchten daher betonen, dass wir keinem Land das Recht absprechen, sich im Angriffsfall mit Waffen zu verteidigen. Es ist klar, dass der Erwerb dieser Waffen dann finanziert werden muss. Gleichzeitig gibt es allerdings eine Notwendigkeit, für nachhaltige Investitionen gewisse Mindeststandards zu setzen, da sie sich ansonsten nicht von konventionellen Geldanlagen unterscheiden. Der Ausschluss von Waffen ist für uns ein elementarer Bestandteil von solchen Mindeststandards.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass Rüstungsgüter nach einem Konflikt weiterverkauft werden können. Es ist nicht möglich sicherzustellen, dass Waffen mittelfristig nicht an Terrorgruppen oder undemokratische Staaten weiterverkauft werden.

<p>Argument: «Es geht um unsere Sicherheit!»</p> <p>Die geopolitische Situation erfordert mehr Investitionen in Rüstung. Es geht um unsere Sicherheit.</p>	<p>Gegenargument</p> <p>Nur weil etwas notwendig ist, heißt es nicht, dass es auch nachhaltig ist. Wir sollten die Sicherheitsdebatte – die ohne Zweifel geführt werden muss – nicht mit der Nachhaltigkeitsdebatte vermischen. Die Nachhaltigkeitsdebatte sollte wissenschaftsbasiert geführt werden. Die Finanzierung von Rüstung ist nicht gefährdet, wie der Rüstungsexportkontrollatlas der Wissenschaftszeitschrift „W & F“ 2023/4 zeigt</p>
---	---

<p>Argument: «Es gibt eine Kreditklemme»</p> <p>Banken verwehren dem Mittelstand im Rüstungssektor Kredite.</p>	<p>Gegenargument</p> <p>Dieser Trend spiegelt ein wachsendes Bewusstsein dafür wider, dass Investoren entscheiden sollten, in welche Bereiche sie investieren möchten und in welche nicht. Es steht den Banken frei, nach welchen qualitativen Kriterien sie Kredite vergeben. Die Finanzierung der für die nationale und internationale Sicherheit benötigte Rüstungstechnik ist primär Staatsaufgabe.</p> <p>Mit Blick auf börsennotierte Unternehmen zeigen die hohen Renditen im Rüstungssektor, dass es genug Investor:innen gibt, die in diesen Bereich investieren. Es gibt also nicht zu wenig Kapital.</p>
--	--

<p>Argument: «Wir müssen Verantwortung übernehmen»</p> <p>Investor:innen, die Waffen ausschließen, machen es sich einfach: sie leisten keinen Beitrag zu unserer Sicherheit.</p>	<p>Gegenargument</p> <p>Zunächst ist festzuhalten, dass Verantwortung für Sicherheit eher eine Staatsaufgabe als eine Aufgabe von Investor:innen ist.</p> <p>Nichtsdestotrotz können Investoren über verschiedene Investments zu Sicherheit beitragen: Durch einen Beitrag zu den Umwelt- und Klimazielen können die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden. Damit wird ein fundamentales Sicherheitsrisiko durch Klima- und Biodiversitätskrise minimiert (siehe Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung).</p>
---	--

Perspektive EU-Regulierung

Status Quo der EU-Regulatorik: Die EU-Regulatorik schließt in der ESMA-Fondsamenleitlinie lediglich kontroverse Waffen aus. Daraus kann man folgern, dass andere Rüstungsgüter unter der ESMA-Leitlinie als nachhaltig angesehen werden. Es gibt auf EU-Ebene zwar aktuell keinen Ausschluss sämtlicher Waffen, es gibt jedoch auch keine aktiv positive Einstufung von Waffen als nachhaltig.

<p>Argument: Auf EU-Ebene sind Investitionen in Rüstung bereits nachhaltig. Deutsche Fondsanbieter sollten dieser Perspektive folgen.</p> <p>Die ESMA Fondsamenrichtlinie schließt lediglich kontroverse Waffen aus.</p>	<p>Gegenargument</p> <p>Hier ist die Frage, wer und wie die Entscheidung treffen sollten, was nachhaltig ist: auch Atomenergie wird unter bestimmten Umständen von der EU im Rahmen der Taxonomieverordnung als nachhaltig deklariert. Es steht Investor:innen, Fondanbietern und Stakeholdern offen, sich hier anders zu positionieren bzw. zu investieren.</p> <p>Als FNG und Stimme der nachhaltigen Finanzwirtschaft sehen wir den ESMA-Ausschluss lediglich kontroverser Waffen als problematisch an.</p>
---	---

<p>Argument: Niemand wird gezwungen, in Waffen zu investieren.</p> <p>Auch wenn Ausschlüsse kein Mindeststandard mehr sind, können Fonds Investitionen in Rüstung weiter ausschließen.</p>	<p>Gegenargument</p> <p>Korrekt. Wir erwarten nicht, dass unsere Mitglieder ihre Anlagepolitik sofort ändern, wenn Kriterien geändert werden.</p> <p>Aber: Wir sehen ein ähnliches Beispiel aktuell im Umweltbereich. Unter bestimmten Bedingungen ist der EU zufolge Atomenergie nachhaltig – nachhaltige deutsche Banken und Fondsanbieter schließen Atomenergie aber oft weiterhin aus. Die Klassifizierung von Atom als nachhaltig hat zu einem großen Vertrauensverlust in nachhaltige Geldanlagen geführt und wir müssen unbedingt verhindern, dass dies noch mehr geschieht. Denn dies gefährdet das Ziel des Green Deals, der Finanzierung der nachhaltigen Transformation der EU, wozu private Investitionen benötigt werden.</p>
---	---

Perspektive Russland

Die Debatte darüber, ob Investitionen in Rüstung als nachhaltig eingestuft werden sollen, hat einen starken Fokus auf Russland. Gleichzeitig gibt es weiterhin global zahlreiche weitere Kriege und bewaffnete Konflikte. Die Bewertung, ob Rüstung zur Sicherheit beiträgt, ist eine abstrakt-generelle und muss sich somit auch an diesen Auseinandersetzungen messen lassen. Eine einseitige Sichtweise schadet Nachhaltigen Geldanlagen, da sie so an Glaubwürdigkeit verlieren.

Perspektive: Was müsste passieren, damit Investitionen in Waffen und Rüstungsgüter als nachhaltig eingestuft werden könnten?

Waffen sind aufgrund ihrer zerstörerischen Art aus unserer Sicht nicht nachhaltig. Sollte die Regulatorik unserer Sichtweise nicht folgen, müssten in jedem Fall strenge Mindeststandards angewendet werden: zunächst wäre eine Prüfung der „Empfängerstaaten“ wichtig, also die Frage, an welche Staaten ein Unternehmen Rüstungsgüter verkauft. Sind dies ausschließlich Staaten die als „free“ im Freedom House Index eingestuft sind? Die nächste Frage könnte sein, wie mit dem Weiterverkauf von Waffen umgegangen werden würde, oder auch, was ihre CO₂-Bilanz ist.

Es wäre klar herauszuarbeiten, welche Kriterien erforderlich sind, um zu bestimmen, wie Rüstungsinvestitionen möglichst wenig Schaden anrichten können und wie zum Beispiel verschiedene ethische, soziale und ökologische Aspekte integriert werden können. Aber allein langfristige Risiken rund um den Weiterverkauf von Waffen sind schwer lösbar. Wir sehen die

Einführung von Mindestkriterien, um damit Investitionen in Waffen als nachhaltig einzustufen, daher als kaum umsetzbar an.

Falls es dazu kommen sollte, dass Investitionen in Rüstung als nachhaltig eingestuft werden, dann sollten Produkte, die Investitionen in Waffen beinhalten, klar gekennzeichnet werden.

5. Fazit

Ein Stimmungsbild der nachhaltigen Finanzbranche ergab, dass mehr als Zweidrittel der Befragten Investitionen in Rüstung als nicht vereinbar mit Nachhaltigkeit ansieht. Ein wichtiges Argument ist, dass Waffen grundsätzlich Schaden an Mensch und Umwelt anrichten und daher nicht mit nachhaltigen Prinzipien vereinbar sind. Selbst wenn Rüstungsgüter in bestimmten Situationen als notwendig angesehen werden, bedeutet dies nicht, dass diese Investitionen den Standards genügen, die nachhaltige Investor:innen für ihre Anlagen festlegen.

Berlin, den 6. Dezember 2024

Geschäftsführung

Verena Menne

T: +49 - (0)30 - 629 37 99 84

E: menne@forum-ng.org

*Das **FNG – Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.**, der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz, repräsentiert rund 200 Mitglieder, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen. Dazu zählen Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Rating- und Researchagenturen, Finanzberater:innen, wissenschaftliche Einrichtungen, NGOs und Privatpersonen. Wir fördern den Dialog und Informationsaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und setzen uns seit 2001 für verbesserte rechtliche und politische Rahmenbedingungen für nachhaltige Investments ein. Das FNG ist außerdem Gründungsmitglied des europäischen Dachverbandes Eurosif.*